



Der Menschenrechtsbeirat
der Stadt Graz

Stellungnahme des Menschenrechtsbeirates zu Projekten für Roma und Romnia (Bio-Knoblauch Romanes und Unterstützung in Hostice durch Vinzi-Gemeinschaft)

(Kleine Zeitung, 9.3. 2012: Neustart mit Knoblauch
BIG, März_2012, S 24: Bio-Knoblauch Romanes
<http://www.european-neighbours.net/cms/> [Stand 4.4.2012]
der Grazer, 15.4. 2012: Land hilft Roma am Bettelverbots-Jahrestag)

Das Projekt Bio-Knoblauch Romanes, finanziell von Bürgermeister Nagl und Landesrat Buchmann sowie mit Fördermitteln europäischer Programme unterstützt, soll lt. Website european neighbours eine selbstständige Existenzsicherung für Roma-Familien in der Slowakei (Banska Bystrica), Kroatien, Ungarn und Rumänien durch den Anbau von Knoblauch und Gemüse sowie dessen Verkauf vor Ort und in einer Supermarktkette ermöglichen. Die Projektbeschreibung gibt zurzeit allgemeine Hinweise darauf, dass inhaltliche Themen wie u.a. Bildung, Wohnen, Gesundheit integriert werden sollen.

Dieses Projekt wird, wie auch im Artikel der Kleinen Zeitung beschrieben, als Ausgleichsmaßnahme für das seit einem Jahr bestehende Bettelverbot in der Steiermark, präsentiert.

Der Menschenrechtsbeirat befürwortet grundsätzlich Projekte, die mit den betroffenen Menschen gemeinsam erarbeitet werden und zur nachhaltigen Verbesserung ihrer Lebensbedingungen beitragen.

Der Menschenrechtsbeirat unterstützt das „Bio-Knoblauch“-Projekt unter dieser Prämisse gerne, hält jedoch fest, dass es nicht als Kompensation für das Bettelverbot anzusehen ist. Die meisten Roma und Romnia, die durch das Bettelverbot, das auch in Graz ohne Ausnahme gilt, betroffen sind, stammen aus Hostice, ca. 130 km von Banska Bystrica entfernt.

Als Kompensation für das Bettelverbot, die von Mitgliedern des Menschenrechtsbeirates wiederholt angeregt wurde, ist die finanzielle Unterstützung des Landes zu sehen, die es ermöglicht, die bereits bestehende Zusammenarbeit zwischen der Vinzi-Gemeinschaft und den Roma und Romnia in Hostice weiter auszubauen. Diese Mittel sind für die Ausweitung der Nudelproduktion und das Angebot von Deutschkursen vorgesehen. Zusätzlich kann eine Person als Koordinator/in, die auch für die Akquirierung von EU-Projekten zuständig sein wird, die Akteur/innen vor Ort aktiv unterstützen.

Dr.ⁱⁿ Elke Lujansky-Lammer
Vorsitzende des Menschenrechtsbeirates der Stadt Graz

Graz, am 19.4.2011